

Senioren Union *hellwach!*

Verbraucherberatung in unserer Stadt schließen? Nein ! ...

...sagt ganz eindeutig die Senioren-Union der CDU Delmenhorst.

Die Pressemeldung „Verbraucherzentrale droht das Aus“ wegen der für 2013 vom Finanzministerium avisierten Erhöhung der Mehrwertsteuer für Beratungsdienste von 7% auf 19 %. Die von dieser avisierten Steuererhöhung auch betroffenen Verbraucherberatungen, insbesondere in kleineren Städten wie der unserigen oder in der Fläche besteht die Gefahr der Schließung wegen reduzierter finanzielle Landesmittel. Dagegen protestiert die SU entschieden und ist alarmiert. Bei einer schon grundsätzlich kontraproduktiven Steuerpolitik hinsichtlich der Verlässlichkeit – der Wirtschaftsminister moderiert ständig Steuersenkungen, die Hotelbranche wurde entlastet, jetzt wir die Dienstleistungsbranche belastet – ist die Einbeziehung der Verbraucherberatung in die erhöhte Besteuerung unverständlich und entschieden abzulehnen. Schon heute ist die Beratungsstelle unsere Stadt im Bürgerbüro Lange Str. 1 wegen der Besetzung mit nur einer Beratungsperson bedingt leistungsfähig. Offene Sprechsunde gibt es nur Montags und Donnerstags, ansonsten ist telf. Terminabsprache erforderlich. Z.Zt. ist die Beratungsstelle z.B. für 2 1/2 Wochen geschlossen, weil die beratende Person verständlicherweise auch Urlaub machen muss. Sollte diese Serviceleistung geschlossen werden, wäre die nächste Beratungszentrale Oldenburg; eine verhängnisvolle Benachteiligung gerade für unsere Seniorinnen und Senioren, deren Mobilität vielfach eingeschränkt ist. Hinzu kommt, dass vielen Seniorinnen und Senioren die Möglichkeit einer Internetnutzung zwecks Verbraucherberatung nicht gegeben ist.

Die Senioren - Union fordert eine finanziell gesicherte lokale Verbraucherberatung und appelliert an das zuständige Ministerium in Hannover, sich dafür einzusetzen, die Erhöhung der Besteuerung der Verbraucherzentralen auszusetzen und statt dessen eine Steuerbefreiung zwecks besserer finanzielle Grundlage der Verbraucherberatung zu erlassen.

110729 Henry W. Rosskamp
Stellv. Vors. / Pressesprecher